

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 uno d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

16/79  
20. November

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschluß, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Nach der Entscheidung des Wissenschaftsrats:

## Ausbau der Naturwissenschaften ist jetzt endlich gesichert

Minister und Universität legten gemeinsame Konzeption vor

Die Universität Oldenburg ist nach Jahren der Mängelwirtschaft auf dem besten Weg, eine Hochschule zu werden, die in ihren Forschungs-, Lehr- und Lernbedingungen in absehbarer Zukunft keinen Vergleich mehr mit anderen Universitäten scheuen muß. Den Grundstein dafür legte am vergangenen Freitag in Berlin der Wissenschaftsrat, der die vom Niedersächsischen Wissenschaftsminister und der Universität Oldenburg gemeinsam vorgelegte Konzeption für den Ausbau der Naturwissenschaften mit nur geringfügigen Änderungen akzeptierte. Damit ist die finanzielle Beteiligung des Bundes gesichert.

Das 133-Millionen-Mark-Projekt auf dem Standort Wechloy wird auf einer Hauptnutzfläche von 25.300 Quadratmetern 1700 flächenbezogenen Studienplätze schaffen. Sie werden fast ausschließlich für Mathematik und die naturwissenschaftlichen Studiengänge zur Verfügung stehen. Unklar ist noch, wie die Empfehlung des Wissenschaftsrates zu verstehen ist, in Wechloy auch Studienplätze für Arbeitslehre/Polytechnik und für Geographie einzurichten.

Diese Abweichungen von der vom Land vorgelegten Konzeption könnten allerdings „die große Erleichterung und Zufriedenheit in der Universität“, so Interimspräsident Professor Hans-Dietrich Raapke, nicht beeinträchtigen, da das Hauptziel erreicht ist: der Vollausbau aller naturwissenschaftlichen Fächer in einem Rahmen, der gute Bedingungen für Wissenschaftler wie Studenten schafft.

Ohne Zweifel kann die Universität die Berliner Beschlüsse des Wissenschaftsrats als großen Erfolg einer Politik verbuchen, die darauf abzielt, unter keinen Umständen zuzulassen.

## Mensa-Mängel werden beseitigt



Drangvolle Enge in der Mensa: Ulrike Sanders, Sozialreferentin des ASTA, leistet als Serviererin „Überstunden“, um Vertretern des Studentenwerkes und des Staatshochbaunaufes auf die Misere aufmerksam zu machen. Inzwischen hat sich auch die Baukommission der Universität mit den Forderungen des ASTA beschäftigt. Es wurden weitere Gespräche vereinbart, um die noch nicht beseitigten Mängel zu beheben.

sen, daß sich die periphere Lage der Stadt Oldenburg auch in der wissenschaftlichen Bedeutung ihrer Universi-

tät widerspiegelt. Dieser Zustand drohte aber im Frühjahr des Jahres, als der naturwissenschaftliche Ausbau in einer Weise zusammengestrichen werden sollte, die eine adäquate Forschung und Lehre infrage gestellt hätte. Die scharfe Reaktion der Universitätsangehörigen, die ihren Höhepunkt in der Hannover-Demonstration am 8. Mai 1979 fand, und insbesondere der Einsatz von Vertretern der Stadt, der Universitätsgesellschaft, der Parteien und regionalen Interessenverbänden führte dazu, daß zwischen Hochschule und Ministerium ein Kompromiß zum Ausbau gefunden wurde, der eine gemeinsa-

Fortsetzung auf Seite 2

## Jura-Studiengang erstmals in größerem Kreis beraten

Stadt und Universität luden ins Rathaus ein

Auf Einladung der Stadt Oldenburg und der Universität Oldenburg sowie der Universitätsgesellschaft ist erstmals im Rathaus ein größerer Kreis von fachlich und sachlich interessierten zusammengekommen, um die Einrichtung eines rechtswissenschaftlichen Studienganges an der Universität Oldenburg zu erörtern. Zu diesem Gespräch waren Vertreter der örtlichen Gerichte, der Justiz- und Verwaltungsbehörden, der Kammern und Verbände eingeladen, da gerade aus den Bereichen der juristischen Berufspraxis wichtige Hinweise zur Gestaltung des einzurichtenden Studienganges erwartet werden können. Zugleich sollte dieses erste Gespräch der Anfang einer späteren Zusammenarbeit in Studium und Ausbildung, Lehre und Forschung sein.

Die Niedersächsische Landesregierung beabsichtigt, zur Verbreitung des Fächerspektrums an der Universität Oldenburg einen rechtswissenschaftlichen Studiengang einzurichten. Die Stadt, die Universität und die Universitätsgesellschaft haben sich in der Vergangenheit mehrfach darum bemüht; ein Antrag der Universität auf Einrichtung dieses Studienganges liegt dem Minister für Wissenschaft und Kunst seit Ende 1978 vor. Mit ihrer Vielfalt von Gerichten, Justiz- und Verwaltungsbehörden, Kammern und Verbänden bietet die Stadt Oldenburg besonders günstige Standortbedingungen für eine rechtswissenschaftliche Ausbildung.

Bei den Beratungen wurde vor allem über die Frage des Bedarfs an juristischem Nachwuchs und über einen möglichen Schwerpunkt der juristischen Ausbildung in Oldenburg diskutiert. Während von einigen Vertretern der Stadt grundsätzliche Bedenken - insbesondere hinsichtlich des Bedarfs - gegen den geplanten Studiengang geäußert wurden, schlossen sich die anderen Gesprächsteilnehmer dem Wunsche an, daß in Oldenburg eine Ausbildung für Juristen in voller Breite ermöglicht werden müs-

se, während z.B. die Bildung von inhaltlichen Schwerpunkten der juristischen Ausbildung ein späterer Schritt sei.

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst will in Kürze mit der Universität Oldenburg Gespräche über die weitere Entwicklungsplanung führen und im Rahmen dieser Erörterung auch die Einrichtung eines Juristischen Fachbereichs ausführlich behandeln.

Bereits am vergangenen Dienstag trat eine kleine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Justiz zusammen, um die Beratungen fortzusetzen und eine Stellungnahme „aus Oldenburger Sicht“ vorzubereiten.

## „Akademisches Proletariat ist ein Gespenst“

Der Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium, Hermann Granzow, hat vor dem Comvent Deutscher Kooperationsverbände erklärt, mit Schlagwörtern wie „akademisches Proletariat“, „Ärzte- und Juristen schwemme“ solle nur verdeckt werden, daß die Aufgabe weithin nicht bewältigt sei, mehr und besser qualifizierte junge Menschen mit Arbeitsplätzen zu versorgen. Schließlich seien die großen Jahrgangsstärken nicht von der Bildungspolitik verursacht.

Ab Ende der 80er Jahre seien geburten schwache Jahrgänge zu erwarten, die „Ausbildung auf Vorrat“ nötig machen. Außerdem seien Höher qualifizierte am Arbeitsmarkt immer noch chancenreicher als weniger Qualifizierte. Wörtlich erklärte Granzow weiter: „In der Bundesrepublik und schon im Deutschen Reich seit Wilhelm II. ist das akademische Proletariat ein gern geschehenes Gespenst derjenigen, die die Hochschulbildung für einige wenige, vor allem für ihre Söhne und Töchter, reservieren wollen.“

## Fachbereichsräte gegen Institute

Aber nur im FBR II ein einheitliches Votum

Gegen die Einrichtung von Instituten und Seminaren haben sich bisher alle Fachbereichsräte der Universität ausgesprochen, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß die Bevölkerung von wissenschaftlichen Einrichtungen eine außerordentlich relevante Minderheit bilden. Die Entscheidungen zum Organisationsplan, der abschließend vom Senat beraten wird und am 31. Dezember den Wissenschaftsminister vorliegen muß, gingen zum Teil sehr knapp aus. Lediglich im Fachbereichsrat II gab es ein einheitliches Votum. Nachfolgend bringen wir einen geräfften Überblick über den derzeitigen Stand der Beschlüsse in den Fachbereichen.

**Fachbereichsrat I:** Er beschloß mit 6:5:1 Stimmen die Beibehaltung der bisherigen Fächerstruktur. Diskutiert wird zur Zeit noch, ob mögliche Fachkommissionen mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden sollen. Alle Gegner dieses Beschlusses waren für die Einrichtung von Instituten und Seminaren.

**Fachbereichsrat II:** Einstimmige Entscheidung, den Fachbereich in seiner jetzigen Struktur so zu erhalten, wie er ist. Fachkommissionen

sollten keine Entscheidungsbefugnisse erhalten.

**Fachbereichsrat III:** Mit 8:4:2 Stimmen wurde ein Tendenzbeschluß gefaßt, der die Beibehaltung des Fachbereichs in seiner jetzigen Größe vorsieht. Auch hier sollen lediglich Fachkommissionen eingerichtet werden, wobei noch unklar ist, welche Entscheidungskompetenzen sie haben sollen. Ein Antrag zur Einrichtung von flächendeckenden Seminaren und Instituten wurde nicht akzeptiert.

**Fachbereichsrat IV:** Im dritten Anlauf entschieden sich die Mitglieder mit 7:5:1 Stimmen für eine Teilung des Fachbereichs in vier Fachbereiche (Mathematik, Chemie, Physik, Biologie). Die Fachbereiche sollen in einer Fakultät für Mathematik/Naturwissenschaften zusammengefaßt werden. Die ZETWA wird als Betriebseinheit erhalten bleiben und auch für andere Fachbereiche als Serviceeinrichtung weiterhin nutzbar sein.

Die Gegner dieses Beschlusses kommen aus verschiedenen Lagern. Die einen wollen den Erhalt des Fachbereichs in seiner jetzigen Struktur, die anderen die Einrichtung von Instituten und Seminaren.

## Prüfungsberechtigung bleibt umstritten

Weitere Verhandlungen der KWM mit dem Ministerium

Nach wie vor lehnt es das Kultusministerium ab, allen wissenschaftlichen Assistenten und nicht auf Lebenszeit angestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern der Oldenburger Universität die Prüfungsberechtigung zu verlängern. Lediglich in wenigen Einzelfällen wurde diese Regelung bisher außer Kraft gesetzt. Nach Einschätzung des Prüfungsamtes, der Universitätsleitung, der Konferenz Wissenschaftlicher Mitarbeiter (KWM) und auch des ASTA ist diese Regelung als Lösung unangemessen. Die KWM sieht dabei die aburde Situation, daß über Jahre hinweg prüfungsberechtigte Lehrende jetzt „nicht mehr geeignet erscheinen müssen“.

Besonders betroffen sind auch die Studenten, denn sie können jetzt ihre Veranstaltungen nicht mehr nach dem Gesichtspunkt auswählen, daß sie sich von diesen Lehrenden später noch prüfen lassen können. Ferner wäre es ihnen nicht mehr möglich, studienbegleitende Leistungsnachweise zu erwerben, denn auch zu deren Ausstellung wären die Assistenten nicht mehr berechtigt.

Gegen diese Einschränkungen hat die KWM eine Urabstimmung durchgeführt: Mehr als 75 Prozent der betroffenen Lehrenden sind bereit, ab 1. Dezember

● keine prüfungsbezogenen Lehrveranstaltungen im 3. Studienabschnitt durchzuführen,

● keine Schulbetreuung von Unterrichtsvorhaben in Projekten des 2. Studienabschnitts zuzusichern und

● ihre Mitwirkung an sämtlichen Lehramtsprüfungen, einschließlich der praktisch-theoretischen Prüfungen in Kunst, Musik und Sport, einzustellen und keinerlei prüfungsrelevante ausbildungsbegleitende Leistungsnachweise im Rahmen der Lehrerausbildung auszustellen, soweit nur ein Teil von ihnen unter Bedarfsgesichtspunkten zu Mitgliedern des Prüfungsamtes berufen werden sollte.

In weiteren Verhandlungen mit dem Ministerium in Hannover wird es nun um die Kontroverse gehen, ob nur ein kleiner Teil der Assistenten prüfungsberechtigt sein wird - die totale Weigerung ließ sich ohnehin nicht durchsetzen -, oder ob der Grundsatz „Wer lehrt - prüft“ wieder ganz gültig sein wird.

## Gundermann neuer LHK-Vorsitzender

Die Landeshochschulkonferenz (LHK), in der die Leiter der 20 niedersächsischen Hochschulen vertreten sind, hat den Rektor der Technischen Universität Clausthal, Professor Gudermand, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Gudermand löst Professor Jakob (Hochschule für Musik und Theater Hannover) ab.

# Frankfurter Institut mit ELAB-Gutachten beauftragt

## Wissenschaftlicher Vergleich mit der Zweiphasigkeit

Die Universität hat den Leiter der Abteilung Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurt), Professor Dr. W. Mitter, beauftragt, ein Gutachten über den von der Universität im Auftrag des Landes durchgeführten Modellversuch zur einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) anzufertigen.

Die Vorbereitungen zur Erstellung des Gutachtens sind bereits angegangen. Die Universitätsleitung richtet an alle Mitglieder der Hochschule (ZpB-Mitarbeiter, Hochschullehrer, Studenten, Kontaktlehrer), die von der Frankfurter Arbeitsgruppe angesprochen werden, die Bitte, sich für Auskünfte und Gespräche zur Verfügung zu stellen.

Das Gutachten will keine Evaluation des Unterrichtsvorhabens ersetzen, sondern soll Auskunft geben über

- inhaltliche und strukturelle Probleme der Lehrerausbildung bei Beginn des Vorhabens
- Ziele, Wege und Ergebnisse des Vorhabens im Vergleich zur zweiphasigen Lehrerausbildung in der Bundesrepublik Deutschland
- Stellung der einphasigen Lehrerausbildung im Vergleich zu Entwicklungen im europäischen Ausland

Zusammen mit dem Gutachten, das am 30.6.1980 vorliegen soll, wird eine Dokumentation der wichtigsten Materialien zum Modellversuch (Erlasse, Verordnungen, Stellungnahmen, Planungspapiere) vom ZpB erstellt und veröffentlicht.

## Kurz notiert

## • Kurz notiert

**Die Lebenssituation alter Menschen** will ein neues, selbstorganisiertes Arbeitsvorhaben innerhalb des geplanten Projektes „Alltagswirklichkeit und Bedürfniskonstitution“ untersuchen. Studenten der Diplom-Pädagogik, Diplom-Sozialwissenschaftl., Diplom-Psychologie oder der Raumplanung können an dieser Veranstaltung teilnehmen. Kontaktadresse: Hartmut Loots (04407/1669).

**Die Stiftung Volkswagenwerk** zur Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre hat 1978 insgesamt 159,2 Millionen DM (1977: 137,3 Mio DM) vergeben. Mit diesem Betrag erzielte sie das bisher beste Jahresergebnis. Satzungsgemäß konnte das Niedersächsische Wissenschaftsministerium 16,1 Mio DM für Vorhaben vorschlagen. Die übrigen neuen Mittel verteilen sich auf 467 (405) Projekte.

**Einen Vertrag zur Übernahme von Studenten** haben jetzt die beiden Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein abgeschlossen. Dadurch können bis einschließlich Wintersemester 1981/82 zusätzlich 210 Studenten das Medizinstudium an der Universität Göttingen beginnen und an der Medizinischen Hochschule Lübeck fortfahren.

**Der Haushaltsentwurf 1980** des Niedersächsischen Kultusministeriums überschreitet erstmals in diesem Jahr die 4-Milliarden-Grenze und steigt gegenüber 1979 um rund 272 Millionen DM an. Am Gesamthaushalt des Landes in Höhe von 22,8 Milliarden DM ist der Kultushaushalt mit 18,43 % (1979 waren es 18,31 %) beteiligt. Die Zuwachsrate von 6,9 % liegt mit 0,7 % über der des Landshaushalts von 6,2 %. Auf diese Zahlen macht heute Kultusminister Dr. Werner Remmers in Hannover aufmerksam.

**Ihre betriebspraktischen Erfahrungen** können die Lehrer an berufsbildenden Schulen ab sofort im Rahmen von Betriebspraktika aufpolieren. Dies teilte der Niedersächsische Kultusminister Dr. Werner Remmers heute in Hannover anlässlich der Veröffentlichung der Durchführungsbestimmungen für die Betriebspraktika mit. Zur Begründung meinte der Minister, daß die Qualität des Berufsschulunterrichts entscheidend von dem engen Bezug zur Betriebspraxis bestimmt werde. Die ständige Weiterentwicklung von Wissenschaft, Wirtschaft und Technik führe zu stetigen Veränderungen in den Betrieben und Verwaltungen und präge die Anforderungen am Arbeitsplatz.

## „Ich selbst“



„Ich selbst - ein Thema in Kunst und Kunstunterricht“. Das ist der Titel einer Ausstellung, die vom 4.12. bis zum 14.12. im D-Trakt stattfindet. Die ausgestellten Arbeiten sind Produkte von Schülern eines Kunst-Leistungskurses an der IGS Aurich.

„Ich selbst“ gibt nicht nur einen Einblick über Arbeitstechniken im Fach Kunst sowie über die Methoden, die die Umsetzung eines solchen Themas ermöglichen. Vielmehr ist es die inhaltliche Aussage, bei der zum Ausdruck kommt, wie Jugendliche sich und ihre Umwelt sehen und empfinden. Hoffnungen und Ängste im Bezug zur Zukunft stehen bei vielen Arbeiten in direkter Verbindung mit Leistungsdruck, Umweltzerstörung sowie Krieg und Frieden. Doch es kommen auch Freuden, Hoffnungen und Träume zum Ausdruck. Der Wunsch nach Selbstständigkeit und Selbstverantwortung ist ein ebenso deutlich erkennbares Merkmal. Aussagen, die, wie in der Ostfriesland-Zeitung zu lesen war, man auf sich wirken lassen muß.

„Ich selbst“ ist keine Verkaufsausstellung von Profikünstlern, sondern eine Veröffentlichung von Arbeiten von jugendlichen Schülern, die versuchen, durch Überwindung des Schulrahmens ihre eigene Person und ihr Verhalten zur Umwelt darzustellen.

Die Ausstellung wird vom museumspädagogischen Modellversuch MOBILE, Museen Ostfrieslands als Bildungsstätte und Lernort, getragen

K.-H. Lindt, L. Strebblau

# Organisation und Professionalisierung im Sportbereich

## Sportwissenschaftler und Soziologen diskutierten Probleme bei der empirischen Untersuchung von Sportorganisationen

Die seit kurzer Zeit bestehende Arbeitsgruppe „Sportsoziologie“ versteht sich als einen offenen und nicht-institutionalisierten Zusammenschluß einiger westdeutscher Soziologen und Sportwissenschaftler, die sich zur Aufgabe gestellt haben, soziale und gesellschaftliche Grundlagen des Sports zu untersuchen und zu diskutieren. Bei ihrem zweiten Treffen in der Universität Oldenburg (26./27.10.79) ging es um Fragen der Organisation und Professionalisierung im gegenwärtigen Sportbetrieb.

Die Kollegen Karhausen und Winkler (Universität Oldenburg) berichteten über ihr soziologisches Forschungsprojekt zur „Organisationsanalyse des Deutschen Sportbundes“ (DSB) und einiger ausgewählter Mitgliedsorganisationen. Im Mittelpunkt dieser Analyse steht die Frage nach

Entwicklungen und Ausformungen „organisierten Verhaltens“ im Sport, wie es sich im DSB als der Dachorganisation des westdeutschen Sports institutionell ausdrückt. Besonders zwei Probleme gerieten ins Zentrum der Diskussion:

— Wie läßt sich eine Sportorganisation empirisch untersuchen, wenn man davon ausgehen muß - und das ist auch die Erfahrung von Karhausen/Winkler -, daß sich soziale, kulturelle und auch andere gesellschaftliche Organisationsformen sehr ungern wissenschaftlichen Untersuchungen stellen. Schließlich besteht hier die Gefahr einer Offenlegung organisationaler Beziehungs- und Praxisweisen. Die bisher angewandten Methoden des Interviews und der Befragung (Fragebogen etc.) greifen nicht weit und tief genug, um jenen für die Aussagekraft einer Un-

tersuchung so wichtigen Organisations-„Interna“ näher zu kommen. Ob man in diesem Zusammenhang mit Ansätzen der Feldforschung fündig wird, blieb in der Diskussion offen.

— Obwohl die Organisationsformen des Sports jeweils allgemein gültigen Modellen gesellschaftlichen Organisierens nachgebildet sind, werden in ihnen zugleich „sportspezifische“ Organisationsmodelle entwickelt. Als Frage blieb stehen, inwieweit man dieser Besonderheit auf der Grundlage einer Begrifflichkeit und Theoriebildung der allgemeinen Organisationssoziologie gerecht werden könnte.

Im zweiten Referat vom Kollegen Lüschen (Universität Urbana/USA) über eine Untersuchung der „Strukturen und Verbundspolitik Nationaler Olympischer Komitees“ stießen

## Arbeitsstelle für Ossietzky-Forschung

### Ossietzky-Tochter will Universität Nachlaß übergeben

Der Senat hat einen Antrag des Fachbereichs III zugestimmt, der die Einrichtung einer „Arbeitsstelle Carl-von-Ossietzky-Forschung“ vorsieht. Die Idee dazu war nicht zuletzt durch das Angebot der Ossietzky-Tochter Rosalinde von Ossietzky-Palm gekommen, den in ihrem Besitz befindlichen Nachlaß ihres Vaters der Universität zu überlassen.

Das Angebot wurde einer Arbeitsgruppe um den Historiker Dr. Werner Boldt bei einem Besuch in Schwerin unterbreitet. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um private Briefe, wobei es sich dabei um Schriftstücke aus den nationalsozialistischen Zuchthäusern und Lagern handelt.

Schon jetzt verfügt die Universität über einen Grundstock an Ossietzky-Literatur, der jedoch noch um Archi-

valien und auch um zeitgenössische Publizistik ergänzt werden soll.

Ziel der Arbeitsstelle soll die Herausgabe einer kommentierten Ossietzky-Ausgabe sein. Weiterhin sollen didaktische Materialien für den Schulunterricht erstellt werden. Ein dritter Bereich richtet sich auf eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, in deren Rahmen ebenfalls Ausstellungen angeboten werden.

Berücksichtigt werden müßte laut Antragsteller bei dieser Arbeit auch die Geschichte der Emslandlager, die Analyse des regionalen Widerstandes und die Geschichte des deutschen Patismus.

Die Finanzierung der Arbeitsstelle soll durch Drittmittel ermöglicht werden, für die demnächst Anträge herausgehen sollen.

## Vortragsreihe des Altec-Projektes

Das Projekt „Alternative Technologien“ (Altec) veranstaltet im Wintersemester 79/80 eine Vortragsreihe. Die Veranstaltungen finden jeweils donnerstags von 16.15 bis 18.00 im Hörsaal G statt.

**29.11.** Das brasilianische Energieprogramm (Prof. W. Thiemann), Universität Bremen

**6.12.** Windenergieschiffe (Dr. Schenzle, Hamburg)

**13. 12.** Bericht über die Arbeiten der „Arbeitsgruppe für angepaßte Technologien“, insbesondere Biogassysteme, Fisch-Algen-Wasserplanzen-System, Alternative Bautechnologien (Dr. A. Onken, Gesamthochschule Kassel).

**17. 1.** Projektleitung Energieforschung der Kernforschungsanlage Jülich, Entwicklungsstand und Einsatzmöglichkeiten nichtfossiler nichtnuklearer Energieträger (Dr. H. J. Stöcker).

**24. 1.** Vergasung von Biomasse (Dr. E. Nitschke, Uhde, Dortmund).

**31. 1.** Biogasanlagen- Möglichkeiten der technischen Realisierung (Dr. Stefan, Bremerhaven).

**Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.**

OLDENBURGISCHE LANDES BANK AG



## Stellvertreter ausgeschlossen

Die Teilnahme von Stellvertretern an den Sitzungen der Berufungskommissionen, ohne daß die ordentlichen Mitglieder verhindert sind, ist nach Auffassung des Wissenschaftsministeriums rechtswidrig. In einem Erlaß untersagte das Ministerium jetzt die von der Universität im vergangenen Jahr eingeführte Praxis, wonach Stellvertreter an den Sitzungen der Berufungskommissionen grundsätzlich teilnehmen können. Der Senat hatte im Oktober vergangenen Jahres einen entsprechenden Beschuß gefaßt, um insbesondere den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Studenten eine stärkere Präsenz in den Berufungskommissionen zu ermöglichen. Das Ministerium begründete seine Haltung damit, daß die Sitzungen der Kommissionen nicht öffentlich seien. Bei Teilnahme von Stellvertretern bestehe die „Gefahr der Beeinflussung der ordentlichen Mitglieder“.

# „Desavouierung“ der Universitätsgremien

## Scharfe Kritik des Senats an Professor Krumbein

Als Desavouierung der Universitätsgremien hat der Senat in einem mit sieben gegen vier Stimmen angenommenen Beschuß ein Schreiben von Professor Wolfgang Krumbein an den Wissenschaftsminister bezeichnet, in dem der Naturwissenschaftler die Einrichtung eines „Instituts für Mikrobiologie und Ultramorphologie“ vorschlagen hatte, obwohl die Strukturdebatte der Universität noch läuft. Gleichzeitig mißbilligte der Senat das irrtümliche Vorgehen des Interimspräsidenten, Professor Hans-Dietrich Raapke, der den Brief mit einem befürwortenden Schreiben weitergeleitet hatte, ohne den Dekan des Fachbereichs informiert zu haben.

In seinem Schreiben an den Minister hatte Krumbein, der einen Ruf an die Technische Universität Harburg hat, seine Initiative damit begründet, eine Antragstellung auf ein Institut im

Fachbereich oder Senat erübrige sich, da dieser Weg durch Beschlüsse versperrt sei. Er sei aber davon überzeugt, daß er seine Verpflichtung zur Planung und Organisation von Forschung und Lehre in seinem Fach nicht erfüllen könne, solange die bisherige Organisationsform erhalten bleibe.

Der Senat will den gesamten Vorgang auf einer seiner nächsten Sitzungen noch einmal diskutieren und die Unterlagen auch an das Konzil weiterleiten. Zu diesem Zweck fordert er den Präsidenten auf, Kopien des Vorganges, die zum Teil nicht mehr in der Universität vorhanden sind, beim Minister anzufordern.

Der Senat befürtigte in diesem Zusammenhang noch einmal, daß die Neustrukturierung der Universität in der Zuständigkeit der Kollegialorganisation liege.

gh

# Hochschulverband jetzt auch an der Universität Oldenburg

## Örtliche Gruppe will sich allerdings nicht an Gremienwahlen beteiligen

Die Gründung einer Hochschulverbandsguppe Oldenburg bedeutet nach Auffassung ihres Vorsitzenden, Professor Wolfgang Krumbein, keine weitere Polarisierung innerhalb der Hochschulleherschaft. Vielmehr könne sie zur Integration beitragen, weil sie allen Hochschullehrern offen stehe. Der Verband sei eine Standesvertretung und werde sich nicht als hochschulpolitische Gruppierung in Oldenburg an den Uni-Wahlen beteiligen.

Die Oldenburger Gruppe wurde in der vergangenen Woche in Anwesenheit des Präsidenten des Hochschulverbandes und CDU-Landtagsabgeordneten, Professor Werner Pöls, gegründet. Ihr gehören nach Auskunft Krumbeins über 30 Hochschullehrer aus der Universität an. Pöls erklärte dazu, daß das Ansehen der Hochschule zweifellos durch die Gründung der Hochschulverbandsguppe steigen werde. Gleichzeitig wandte sich Pöls gegen die pauschale Verurteilung der Neugründungen Oldenburg und Osnabrück. Auf die Frage, ob er in diesem Zusammenhang seine Aussagen laut „Norderneyer Badezeitung“ vom 17. Nov. 78 noch aufrecht erhalten könne, erklärte der CDU-Abgeordnete, er habe sie nicht geäußert, sondern lediglich auf bestimmte Tendenzen in einzelnen Fachbereichen hinweisen wollen.

Laut Bericht der Zeitung hatte Pöls im Rahmen einer CDU-Veranstaltung über „Die Sprache der Neuen Linken“ gesagt, die Hochschulabsol-

venten (der Neuen Linken, d.R.) würden schon bald ihre rechtsfeindliche Saat ausstreuen. Anlaß zu besonders heftiger Kritik seien die Zustände an den Universitäten Marburg, Frankfurt, Bremen, Oldenburg und Osnabrück.

An der Gruppenuniversität übte Wolfgang Krumbein Kritik. Gegenüber dem Uni-Info meinte der Naturwissenschaftler, die Mitbestimmung per gesetzlicher Regelung sei nicht der geeignete Weg zur Demokratisierung der Unis gewesen, weil sie zur Verrechtlichung der Universitäten und zur Stärkung der Exekutive geführt habe. Gleichzeitig erklärte er, daß bei Paritätenregelung im Hochschulrahmengesetz die Sachkompetenz der Hochschullehrer in vertretbarer Weise zum Ausdruck komme. Bedauerlich sei, das könne er für die

## Kommissionen eingerichtet

Am 25. und 26. Oktober sind die Studienreformkommissionen auf Landesebene für „Biowissenschaften“, „Chemie und Pharmazie“, „Geowissenschaften“, „Architektur, Landespflege und Raumplanung“ und „Sachunterricht in der Gesamtschule“ zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Damit sind nunmehr 10 von insgesamt 31 vorgesehenen Kommissionen vom Wissenschaftsminister eingesetzt worden.

Oldenburger Gruppe des Hochschulverbandes sagen, daß das Niedersächsische Hochschulgesetz die gleichen Paritäten für wissenschaftliche Einrichtungen nicht vorsehe. Wenn sich seine Gruppe dennoch für die Gründung von Instituten und Seminaren ausspreche, so tue sie das im Interesse einer effektiveren Forschung und Lehre.

Dem Hochschulverband e.V. gehören auf Bundesebene und in West-Berlin nach eigenen Angaben 11000 von insgesamt 18000 Hochschullehrern an. Er wurde 1950 als Standesorganisation der Professoren gegründet. Oldenburg gehörte zu den letzten Universitäten, in der es noch keine örtliche Gruppe gab. Dem Vorstand gehört neben Krumbein der Erziehungswissenschaftler Dr. Hans-Joachim Fischer an.

# Der Gastkommentar



**Dr. Ekkehard Seeber, Schul- und Kulturdezernent der Stadt Oldenburg, über die KIBUM**

Im Jahre 1974 lud Frau Dr. Friedl im Rahmen der „Politischen Frühstücksparties“ der Volkshochschule Oldenburg zu der Veranstaltung ein: „Welche Bücher für unser Kind?“ Als Gast referierte Professor Dr. Promies. Er bezeichnete jede Empfehlung im Kinderbuchbereich als problematisch: Kinder sollten möglichst selbst entscheiden, was sie lesen wollen. Die Besucher dieses „Politischen Frühstücksparties“ bemängelten, daß es keine umfassende Übersicht der Kinderbuchproduktion und vor allem neuer Kinderbücher gäbe. Hieraus entstand die Idee, die Gesamtproduktion deutschsprachiger Kinder- und Jugendbücher eines Jahres in einer Ausstellung zusammenzufassen.

Der Impuls zu einer Kinder- und Jugendbuchmesse war von den Zuhörern der VHS-Veranstaltung gegeben worden. Frau Friedl und Herr Promies erarbeiteten auf dieser Basis die Konzeption für die KIBUM:

- eine nichtkommerzielle Buchmesse ohne Verlagsstände;
- eine unzensierte Präsentation der Jahresproduktion deutschsprachiger Kinder- und Jugendbücher;
- ein Begleitprogramm, das den Besuchern der Messe die Beurteilung der Qualität der Bücher ermöglichen sollte;
- eine Messe für Kinder und Jugendliche, nicht vornehmlich für Erwachsene.

Da ein solches Programm weder von der Volkshochschule noch von der Universität finanziert werden können, wurde die Stadt Oldenburg angesprochen. Der damalige Kulturdezernent, Stadtrat Möller, sicherte die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt zu, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er machte aber auch deutlich, daß die Stadt auf eine inhaltliche Mitbestimmung Wert lege. Daraufhin wurde ein Vorbereitungskreis für die Messe beschlossen, dem neben den Veranstaltern Stadt, Universität und VHS auch alle anderen an der Messe zu beteiligenden Einrichtungen wie Staatstheater, Galerien, Kunstsverein, Buchhandel und Kino angehören sollten. Vorsitz und Federführung in diesem Arbeitskreis

wurde Herrn Post, Leiter der städtischen Kulturarbeitung, übertragen. Ein Verbund privater und öffentlicher Kulturträger in Oldenburg war geschaffen, zweckgerichtet auf die nichtkommerzielle KIBUM. In diesem Kulturverbund wurden die jeweiligen Messen von allen Beteiligten organisatorisch und inhaltlich vorbereitet. Der Kulturverbund hat bei den vergangenen fünf Messen eine gute, nicht immer reibungsfreie, am gemeinsamen Ziel orientierte Zusammenarbeit geleistet. Inhaltliche Auseinandersetzungen hat es eigentlich nur gegeben bei der Fragestellung, ob die nichtkommerzielle Konzeption durch kommerzielle Begleitprogramme (Buchhandel, Kino) erhalten bleiben kann. Klimatische Reibungen hat es dadurch gegeben, daß nur wenige Beteiligte die Publizität der Messe genießen konnten, aber viele der Beteiligten, gerade auch die Studenten und Bibliothekarinnen, die Last der Messearbeit tragen mußten.

Das Konzept der KIBUM mußte sich fünfmal beweisen und hat sich bewährt. Es kann im wesentlichen weitergeführt werden.

Professor Promies, als Vertreter für den Mitveranstalter Universität Oldenburg, verläßt die Stadt. Im Namen aller Beteiligten im „Kulturverbund KIBUM“ danke ich Promies als Mitinitiator und Mitorganisator für seine hervorragende Arbeit. Mancher Schwerpunkt der letzten Messen wäre ohne seine Hochschulträchtigkeit nicht denkbar gewesen, so vor allem auch die zur Zeit im Stadtmuseum gezeigte Ausstellung „Erziehung zum Krieg - Krieg als Erzieher“. Die Veranstalter der KIBUM hoffen, daß auch nach dem Ausscheiden von Promies die Universität Oldenburg sich als Mitveranstalter der KIBUM weiter engagiert.

So könnte die genannte Ausstellung sicherlich in verschiedener Weise ergänzt und weiterentwickelt werden. Dazu ist wissenschaftliche Arbeit erforderlich. Das kann von den drei Veranstaltern weder die VHS noch die Stadt leisten, wohl aber die Universität. Sie hat Gelegenheit dazu.

# Zum achten Mal vor dem Arbeitsgericht erfolgreich

## Diplom-Physiker Reinhard Weber bleibt auf seiner Stelle - Revision vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel?

Zum 8. Mal stritt der Physiker Dr. Reinhard Weber jetzt erfolgreich vor einem Arbeitsgericht für seine Einstellung. In der jüngsten Entscheidung des Landesarbeitsgerichts vom 7. November wurde das Land Niedersachsen verpflichtet, Weber so lange als Verwalter einer akademischen Ratsstelle zu beschäftigen, bis diese Stelle durch ein ordentliches Verfahren besetzt ist.

Seit September 1976 befindet sich Reinhard Weber, der in Göttingen mit magna cum laude promoviert und dessen fachliche Qualität von niemandem zweifelhaft wird, in Fehde mit dem Land Niedersachsen. Damals sollte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Drittmittelelpjekt des FB IV für zwei Jahre angestellt werden. Doch „Erkenntnisse“ des Innenministers zwangen ihn zunächst vor die Anhörungskommission in Hannover, wo ihm u.a. die Mitgliedschaft in der „Gesellschaft

zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV), einer ehemaligen KBW-Organisation, sowie die Teilnahme an einer Demonstration in Göttingen gegen die Erhöhung der Gaspreise vorgeworfen wurde. Das Ergebnis der Anhörung verlief für Weber negativ.

Auch eine Remonstration des Rektors gegen die Entscheidung des Ministers konnte daran nichts ändern. Erst eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Oldenburg erzwang fast eineinhalb Jahre später die Ein-

stellung des Physikers - allerdings nur noch für sieben Monate bis zur Beendigung des Forschungsvorhabens am 31. August 1978. In der Hauptverhandlung kam das Gericht zum gleichen Ergebnis. Auch in den Berufungsverfahren hatte das Land, das die Universität vertreten mußte, kein Glück mit seiner harten Haltung. Ganz im Gegenteil. Das Landesarbeitsgericht machte sogar dem Land Vorhaltungen, weil es angegeben hatte, gegen Weber sei Klage wegen der Betreibung eines nicht genehmigten Informationsstandes erhoben worden, ohne dabei zu sagen, daß Weber in dieser Angelegenheit längst freigesprochen worden war. Gleichzeitig hielt das Gericht fest, daß die Demonstration gegen die Gaspreise-

höhung „offensichtlich nicht gegen die verfassungsrechtliche Ordnung unseres Staates gerichtet“ sei. Auch könnten Zweifel hinsichtlich der Verfassungstreue des Klägers nicht ohne weiteres aus der Nichtbeantwortung der Frage nach der Mitgliedschaft in der GUV sowie der Ablehnung einer Äußerung zum Programm des KBW vor der Anhörungskommission hergeleitet werden. Es besteht zur Beantwortung keine Pflicht.

Diese deutliche Sprache machte dennoch keinen Eindruck auf das Ministerium. Als sich Weber im vergangenen Jahr wiederum - diesmal um die Verwaltung einer Ratsstelle „Prozeßrechner“ - an der Universität Oldenburg bewarb, verbot er erneut die Einstellung, obwohl nicht einmal

neue „Erkenntnisse“ vorlagen. Wiederum erreichte der Wissenschaftler seine Einstellung erst durch eine einstweilige Verfügung, deren Rechtmäßigkeit auch vom Landesarbeitsgericht bestätigt wurde. Auch in den Hauptverhandlungen wollten die Gerichte dem Wissenschaftsminister wiederum nicht folgen. Jetzt bleibt ihm nur noch der Weg zum Bundesarbeitsgericht in Kassel. Ehe dieses entschieden hat, dürfte allerdings das förmliche Besetzungsverfahren für die Ratsstelle abgeschlossen sein - es sei denn, über einen erfolgreichen Bewerber lägen wiederum „Erkenntnisse“ vor und das Karussell würde sich erneut zu drehen beginnen - diesmal dann vor dem Verwaltungsgericht.

